

Türkisblau schimmert der Yamdrok-Yutso in den tibetischen Bergen, hoch oben im Himalaya. Die Form des gewaltigen Sees erinnert an die eines Skorpions, der mit weit ausgestreckten Klauen 120 Kilometer vor den Toren Lhasas liegt, als wolle er die heilige Stadt vor einer fremden Macht aus dem Süden bewahren. Doch die Fremden sind längst da, seit 45 Jahren, und sie kamen nicht von Süden, sondern aus Peking, im Nordosten Chinas.

Als chinesische Truppen der »Volksbefreiungsarmee« 1949 nach Tibet einmarschierten und das bis dato unabhängige Land besetzten, führten Chinas kommunistische Machthaber zwei Gründe auf das »Dach der Welt«: Zum einen die für das Militär strategisch günstige Lage, die es den Chinesen heute erlaubt, ihre südlichen Nachbarstaaten mit Atomraketen in Schach zu halten. Zum anderen die großen Holz-, Erz- und Mineral-Ressourcen, die Peking bis heute massiv ausbeutet. Nicht umsonst gaben die chinesischen Machthaber dem eroberten Land den Namen »Xizang«, »Westliches Schatzhaus«.

Die militärische Nutzung Tibets beschränkt sich nicht nur auf die Stationierung mit Kernwaffen bestückter Interkontinentalraketen (Typ DF-4), sondern erstreckt sich auch auf die Herstellung von Atombomben, wie das National Resources Defense Council (NRDC) jetzt in Washington bestätigte. Pekings »Los Alamos«, wo die chinesische Atombombe aus der Taufe gehoben wurde, befindet sich in der Ortschaft Haiyan, 30 Kilometer östlich des Tso Ngönpooder »Quinghai«-Sees, wie die Chinesen das Gewässer im Norden Tibets nennen. Unter dem Code-Namen »Neunte Akademie« ließ Peking hier, 100 Kilometer westlich von

Xining, Anfang der sechziger Jahre eine riesige, zum Teil unterirdisch angelegte Geheimstadt, die »Nordwest-Akademie zur Erforschung und Konstruktion von Nuklearwaffen« errichten. 1965 zerschlug Peking den Staat Tibet und teilte den größten Teil des Landes verschiedenen chinesischen Provinzen zu. So wurde aus der ehemaligen tibetischen Provinz Amdo das heutige Qinghai, wo sich der Atomkomplex befindet. Die tibetische Verwaltungseinheit Kham wurde in die chinesischen Provinzen Gansu und Szechuan eingegliedert, aus dem weniger als die Hälfte des alten Staates ausmachenden Rest wurde die »Autonome Region Tibet«. Kein Wunder, wenn Peking heute behauptet, in »Tibet« gäbe es keine Nuklearfabrik.

Die Menschenrechtsorganisation »International Campaign for Tibet« (ICT, Washington) lieferte erstmals Fotos des hermetisch abgeriegelten Areals, von dem tibetische Hirten in der Region sagen, es »vergifte ihre Umwelt«. Damit bestätigt sich ein Verdacht des amerikanischen Geheimdienstes CIA, der schon 1966 eine Atomwaffenfabrik in Nord-Tibet vermutete. Peking hatte erstmals 1987 in der Zeitung »China Today« die Existenz des Kernwaffenkomplexes zugegeben — verschwieg aber die Auswirkungen der dort stattfindenden »Forschungen« auf Menschen und Tiere in der Umgebung.

Immer wieder kommt es nämlich zu ungeklärten Todesfällen im Umfeld der »Akademie«. 1993 berichtete Tashi Dolma, eine 30jährige tibetische Ärztin, die aus Tibet fliehen konnte, von »seltsamen Symptomen und unbekannten Krankheiten«, die Menschen und Tiere des Gebietes befallen. Die Nomaden am See klagen über myste-

riöse Todesfälle, Totgeburten und entstellte Neugeborene. Davon seien nicht nur sie selbst, sondern auch ihr Vieh betroffen. »Wir untersuchten mehr als 2.000 Personen in drei Distrikten und zwei Dörfern (Reshui und Ganzihe), die in unmittelbarer Nähe zum Atomkomplex liegen«, berichtete Dr. Dolma in Washington. Im Blut vieler Kinder, die zur Untersuchung in ein Krankenhaus in Chabcha (chines. Name Gonghe) eingeliefert wurden, bildeten sich unnatürlich viele weiße Blutkörperchen. Die gleichen Symptome beobachteten Ärzte 1945 bei Atombombenopfern in Hiroshima und Nagasaki. »Sieben der acht bis vierzehn Jahre alten Kinder starben während meines Aufenthalts in Chabcha«, erinnert sich die Ärztin.

Während die Atombomben im 1.000 Kilometer weiter westlich gelegenen Lop Nor »getestet« wurden, blieb der bei der Produktion anfallende nukleare Müll in Haiyan wo niemand weiß, wie und unter welchen Umständen er gelagert wird. Ende der siebziger Jahre wurde auf dem Gelände der Neunten Akademie auch ein »Institut der Chemischen Industrie« errichtet, das der Anreicherung von waffenfähigem Uran diente — 400 Kilogramm pro Tag, recherchierte ICT in Wishington. Ob in Haiyan auch heute noch Uran angereichert wird, steht nicht fest. Unterdessen verdichten sich aber Hinweise, daß Peking hier in Zukunft Atommüll entsorgen wird. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete am 20. Oktober 1993, daß »vier Deponien für radioaktive Abfälle im Nordwesten, Südwesten, Osten und Süden« gebaut werden. Im chinesischen Sprachgebrauch werden Nordost-Tibet (die heutige Provinz Quinghai, wo sich die Neunte Akademie befindet) und Ost-Turkestan (Xinjiang) als »Nordwesten«, und die sogenannte »Autonome Region Tibet« als »Südwesten« bezeichnet.

«Damit steht endgültig fest«, erklärt Tsewang Norbu, in Deutschland lebender Tibeter, »daß China in Tibet Umweltrassismus der gefährlichsten Art begeht.« Der Vorsitzende der Umweltorganisation »ECO-Tibet« (Environmental Concern Over Tibet), einer Arbeitsgruppe der Tibet-Initiative Deutschland, verweist auf die hohe Erdbebengefährdung der Region und den Ursprung der sieben größten asiatischen Flüsse im tibetischen Hochland: Gelber Fluß, Yangtse, Brahmaputra, Indus, Sutley, Salween und Mekong. »Sollten diese Flußsysteme radioaktiv verseucht werden«, warnt Norbu, »würden 47 Prozent der Weltbevölkerung, die in den von diesen Flüssen bewässerten Ländern leben, akut gefährdet.«

Bedroht sieht Norbu auch den 800 Quadratkilometer großen Yamdrok Yutso, den für die Tibeter heiligen »Türkis-See«. Dort bauen die chinesischen Besatzer zur Zeit ein Wasserkraftwerk, das zum Plan gehört, aus Tibet eine chinesische Sonderwirtschaftszone zu machen. Das Projekt stößt bei den Tibetern auf heftigen Widerstand. In 4.440 Meter Höhe sollen die Wasser des drittgrößten tibetischen Sees entnommen und durch 9,5 Kilometer lange Tunnel den 846 Meter tiefer gelegenen Turbinen zugeführt werden. Vier 25 Megawatt starke Generatoren

werden dort ab 1996 Strom erzeugen und das schmutzigbraune Wasser des Tsangpo-Flußes in den See zurückpumpen. Besorgte tibetische und chinesische Kader der »Autonomen Region Tibet« beantragten 1985 auf dem Nationalen Volkskongreß in Peking die Einstellung des Projekts, das ihrer Meinung nach katastrophale Auswirkungen hätte: Die permanente Turbulenz, die durch das ständige Ablassen und Wiederauffüllen des Wassers erzeugt wird, schade der empfindlichen Ökologie des Sees, das saubere, türkisblaue Seewasser würde durch schmutziges Speicherwasser ersetzt. Zudem drohen auf Dauer das Absinken des Wasserspiegels und ein Fischsterben. Da der Großteil der lokalen Bevölkerung vom Fischfang lebe, würde den Menschen die Lebensgrundlage entzogen.

Auch der Pantschen Lama, nach dem Dalai Lama der zweithöchste religiöse Würdenträger in Tibet, kämpfte vehement gegen das Wasserkraftwerk. Im Jahr 1986 wurde daraufhin das Projekt auf Eis gelegt. Doch schon wenige Monate nach dem mysteriösen Tod des Pantschen Lama nahm man im August 1989 die Arbeiten wieder auf. Seitdem wurden zahlreiche tibetische Viehhirten im Baugebiet ohne Entschädigung enteignet und vertrieben. Ebenso fordert der Dalai Lama, das weltliche und religiöse Oberhaupt aller Tibeter, die Einstellung des Projekts und appelliert an die internationale Staatengemeinschaft, sich nicht daran zu beteiligen. Das Wasserkraftwerk nutze nicht den Tibetern, sondern schaffe lediglich die Vorraussetzungen zur Ansiedelung weiterer Chinesen auf dem Dach der Welt. »Schon heute leben in Tibet 7,5 Millionen Chinesen, die die sechs Millionen Tibeter zur Minderheit im eigenen Land machen«, erklärt der Dalai Lama immer wieder. Die stetig anwachsende Zahl der Chinesen in seinem Land sei derzeit die größte Gefahr für Tibet. Dadurch wüchsen nicht nur die Spannungen, sondern auch die Gefahren für die Umwelt, unterstrich der Friedensnobelpreisträger. »Die Chinesen kommen in erster Linie nach Tibet, um Geld zu verdienen. Dafür ist ihnen jedes Mittel recht. Sie fischen unsere Flüsse leer, jagen die Wildtiere und holzen die Wälder ab. Der Zuzug der Chinesen führt zur Zerstörung unserer Umwelt.«

Dennoch fand sich eine europäische Firma, die sich an dem Wasserkraft-Projekt beteiligt. Die zu 49 Prozent dem österreichischen Staat gehörende Elin Energieversorgung GmbH in Wien liefert die vier Generatoren — und weist jede Kritik von sich: Von negativen ökologischen Folgen hätten die chinesischen Verhandlungspartner der Firma schließlich nichts gesagt. »Wenn dadurch mehr Chinesen nach Tibet kommen, liegt das außerhalb unseres Einfußbereiches,« beteuert Pressesprecherin Dr. Ursula Schneider. Zudem sei man ein Wirtschaftsunternehmen, das »schauen muß, daß der Rubel rollt.«

Peter von Stamm ist freier Journalist mit den Schwerpunktthemen Ökologie und Menschenrechte. Seit 1983 bereist er regelmäßig die VR China und Tibet. Peter von Stamm führte mehrere Interviews mit S.H. dem Dalai Lama.